

13.08.2009 - Interview
ddp-Wortlautinterview:

Wiesbaden (ddp-hes). Die 40-jährige Rechtsanwältin Silke Lautenschläger wurde bereits mit 32 Jahren Ministerin in Hessen: Von August 2001 bis Februar 2009 war sie unter Ministerpräsident Roland Koch Sozialministerin. Im Februar wurde sie als einzig verbliebene CDU-Frau im neuen Koalitionskabinet mit der FDP Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Sie soll nun die von Koch im Frühjahr 2008 ausgerufene Umweltpolitik-Offensive der CDU umsetzen und erhielt dafür die Zuständigkeit für die Energie. Über ihre Pläne sprach sie mit ddp-Korrespondentin Gisela Kirschstein.

Lautenschläger:

Ich habe deshalb ein Energie-Forum aus Fachleuten berufen, mit dem wir sehr schnell bis Ende des Jahres erarbeiten werden, in welchen Bereichen was getan werden muss.

Frage: Warum ist genau das nicht längst passiert? Roland Koch hat ja bereits Anfang 2008 einen neuen Aufbruch im Bereich Erneuerbare Energien angekündigt. Jetzt berufen auch Sie erst mal ein Expertengremium ein – wann geht es denn mal in die Umsetzung?

Lautenschläger: Es läuft ja schon eine ganze Menge. Wir haben den Beschluss gefasst, dass wir eine CO2-neutrale Landesverwaltung sein wollen. Wir haben die Bio-Regios, da ist gerade die nordosthessische Region Knüll bei der Wärmeversorgung ganz vorn. Beim Erreichen der Ziele spielt eben auch der Wärmesektor eine ganz wichtige Rolle. In vielen Berechnungen wird nur der Strom zugrunde gelegt, es geht aber um den gesamten Energieverbrauch in Hessen. **Dazu gehört eben auch, mit Passivhäusern und energetischer Sanierung zu einem geringeren Verbrauch beizutragen, damit wir die Ziele erreichen.....**



vom 01.02.2005

CDU: Passivhäuser sollen Standard werden

Frankfurt. Jochem Heumann, planungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, macht sich für Passivhäuser stark. Sie seien wegen ihrer extremen Wärmedämmung geeignet, die Heizkosten um bis zu 80 Prozent zu senken. Im Fall von Mietobjekten verringerten sich die Mietnebenkosten, die oftmals als „zweite Miete“ bezeichnet werden, durch diese Bauweise deutlich. „Passivhäuser stellen die richtige Antwort auf die steigenden Energiekosten dar“, erläuterte Heumann. Die im Regelfall höheren Baukosten für diesen Haustyp könnten durch günstige Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau und durch die eingesparten Heizkosten ausgeglichen werden. Im Stadtteil Riedberg wird zur Zeit die Wilhelm-Busch-

Schule im Passivhausstandard gebaut. „Die anfallenden Mehrkosten haben sich spätestens in 20 Jahren amortisiert“, sagte Robert Lange, wohnungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. Die ABG-Holding, als größte Wohnungsbaugesellschaft Frankfurts, habe bei einem Neubauvorhaben in der Gremppstraße in Bockenheim nachgewiesen, dass Passivhäuser bei intelligenter Planung zu gleichen Investitionskosten wie herkömmliche Neubauten errichtet werden könnten. Die CDU-Fraktion hat den Magistrat in seiner Eigenschaft als Gesellschafter städtischer Wohnungsbaugesellschaften aufgefordert, beim Neubau und Sanierungen von Wohnungen grundsätzlich den Passivhausstandard zu berücksichtigen. (tre)